

Highlight November 2009: Tram-Aktion

Etwa 200 Gewerbetreibende trafen sich frühmorgens am Bellevue, um gegen die Verkehrspolitik zu demonstrieren. Der Individualverkehr ist das Stiefkind der Verwaltung, aber die Wirtschaft kann nicht auf den ÖV umsteigen.

Aktionstag 17. November 2009: «Ich bin auch ein Lieferwagen!»



Am 17. November 2009 steigen die Zürcher KMUs auf Tram und Bus um – aus Protest. Die Verkehrspolitik der Stadt Zürich ignoriert die Anliegen des lokalen Gewerbes, hebt Parkplätze auf und macht das Fahren in Zürich immer unerträglicher.

Damit Lieferfahrten zahlbar bleiben, fordern wir:

- freie Zufahrt für Lieferungen – auch in der Altstadt
- mehr Umschlag- und Parkplätze
- KMU-freundliche Angebote bei der Gewerbeparkkarte

Damit Arbeitsplätze erhalten bleiben, fordern wir:

- Schluss mit der kleintlichen Bewilligungspraxis bei Kundenparkplätzen
- ein Verkehrsregime, das den Bedürfnissen der KMUs Rechnung trägt



Medienpräsenz: Telezüri brachte eine 2-Minuten-Reportage, NZZ und Tagi berichteten ausführlich über die Aktion.



GVZ-Präsident Richard W. Späh fasste die KMU-Forderungen zusammen: Bessere Zufahrten, mehr Umschlag- und oberirdische Parkplätze. Eigentümerin Cornelia Fischer berichtete vom arg gebeutelten Backhaus in Seebach.



Das Tram ist offensichtlich keine Alternative zum motorisierten Individualverkehr!



Der GVZ dankt allen herzlich, die mit Radiatoren, Waschmaschinen, Auto-Kotflügeln, Leitern und Werkzeugkisten etc. antrabten. Sie haben wesentlich zur Medienwirksamkeit des Aktionstages beigetragen.

Rot-Grün will mit autofeindlichen Massnahmen das Klima retten. Sie retten das Klima aber nicht, sie zerstören nur Arbeitsplätze.

NEIN zum Hardau-Park am 29. November 2009



Gewerbeverband der Stadt Zürich

FDP
Die Liberalen



Die Partei des Mittelstandes



Partei Für Zürich



HEV Zürich
Hausigentümerverband

Gewerbe
Verein
Zürich Vier



Gewerbeverein Kreis 5 Züri-West
Ziele gemeinsam erreichen!

David gegen Goliath: Behördenreferendum Hardau-Park

November 2009. Es war von Anfang an klar, dass wir die Abstimmung über den Hardau-Park verlieren würden. Warum haben dann die SVP, FDP und PfZ trotzdem das Behördenreferendum gegen den Hardau-Park ergriffen? Seit Jahren verschwinden oberirdische Parkplätze – wir dürfen nicht länger einfach zusehen. 150 oberirdische Parkplätze gab es mal in der Umgebung Hardau. Stillschweigend hat die Stadt 50 davon verschwinden lassen. 100 Plätze sollen ersetzt werden. Aber wer fährt schon für ein Gipfeli ins 2. UG? GVZ-Präsident Richard W. Späh und die Gemeinderäte Mauro Tuena, Urs Egger und Markus Schwyn informierten an einer GVZ-Medienkonferenz, warum das Projekt Hardau-Park die Arbeitsplätze in Zürich gefährdet. NZZ und Tagi haben darüber berichtet.

Stadtrat will Gebühren für Passantenstopper

November 2009. Die sogenannten «Passantenstopper» sind die Reklamestände, die man bisweilen auf dem Trottoir vor Restaurants und Läden sieht. Bisher durften die KMUs ohne Bewilligung ein solches Schild vor ihrer Fassade aufstellen, sofern es schlicht gehalten und 2 Meter Platz für die Fussgänger übrig blieb. Nun will der Stadtrat auf den Passantenstoppern eine Bewilligungspflicht einführen und Gebühren erheben.

Mit einer dringenden schriftlichen Anfrage will die KMU-Gruppe Gemeinderat wissen, worum es hier überhaupt geht: Will die Stadt einfach mehr Geld? Wie viele Stellenprozente wird dieses Bewilligungsverfahren beanspruchen? Und wer wird das alles kontrollieren? Zudem wird ein Postulat eingereicht mit dem Ziel, dass auf die Passantenstopper-Gebühr gänzlich verzichtet wird. Was über Jahrzehnte hinweg problemlos funktioniert hat, muss nicht ohne Not bürokratisiert werden. Auf unsere Medienmitteilung reagierte der Tagesanzeiger mit einem Bericht am 27. November 2009.

«Allgemeine Polizeiverordnung» wird nachgebessert

September 2009/Januar 2010. Die neue Polizeiverordnung sieht unter anderem auf dem Bau sehr kleine Lärmvorschriften vor (siehe auch GVZ aktuell/September 2009). Mitte Januar hat der Gemeinderat stundenlang debattiert. Viele sind der Meinung, die neue Verordnung würde zuviel regeln (!). Nun muss die Kommission nachbessern. Schafft sie das vor den Wahlen, könnte die neue Verordnung bald in Kraft treten. Wenn nicht, könnte es Jahre dauern. Der GVZ hofft auf die Verzögerung und versucht zu bewirken, dass die unsinnigen Vorschriften nicht in Kraft gesetzt werden.

Auswirkungen der neuen Polizeiverordnung auf das Baugewerbe

- 12.00 bis 13.00 Uhr: gar keine Bauarbeiten mehr (auch keine leisen)
- 13.00 bis 14.00 Uhr: keine lauten Bauarbeiten

Entrümpelungs-Initiative gültig

Oktober 2009. Die Auszählung hat ergeben, dass unsere Volksinitiativen (Entlastungs- und Förderungsinitiative KMU) offiziell zustande gekommen sind. Die Volksabstimmung erfolgt voraussichtlich 2011.

POLITISCHE ARBEIT IM KANTON

Neues kantonales PBG (Planungs- und Baugesetz): Der GVZ wehrt sich in der Vernehmlassung gegen noch mehr wirtschaftsfeindliche Regelungen.

November 2009. Der GVZ wurde zur Stellungnahme eingeladen und hat sich wie folgt zum Vorentwurf des neuen PBG geäussert:

Zum Verfahren:

1. Die kantonale Verbandsbeschwerde sollte abgeschafft werden, wie bereits in St. Gallen seit 2007. Somit stünde nur noch die eidgenössische Verbandsbeschwerde zur Verfügung.



2. Aussteckungen sollten erleichtert werden, insbesondere bei Hochhäusern.
3. Es sollen mehr Sachverhalte bewilligungsfrei werden. Die Baurekurskommission sollte mehr Sachverhalte abschliessend beurteilen dürfen (bei den sogenannten untergeordneten Vorkehrungen).

Zum behindertengerechten Bauen:

1. Keine Verschärfung der bestehenden Vorschriften!
2. Altbauten verlangen unnötig hohen Anpassungsbedarf.
3. Der Begriff «öffentlich» muss präzisiert werden, sonst sieht sich jedes kleine Lädeli mit teuren Auflagen konfrontiert.
4. Was verhältnismässig ist, muss im Gesetz stehen, sonst haben Private keine Rechtssicherheit.

Zu den Parkierungsregelungen:

1. Die Exekutive bestimmt die Anzahl der Parkplätze und hat dabei zuviel Ermessensspielraum.
2. Der Parkplatzbedarf – wie im Entwurf vorgesehen – ist massiv zu tief.
3. Der Bedarf hat sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten.
4. Es sollte erlaubt sein, für jede Wohneinheit einen Parkplatz zu erstellen.
5. Läden – auch wenn sie in der Nähe des ÖV sind – brauchen mehr als 3-4 Parkplätze pro 100 Quadratmeter Verkaufsfläche.
6. Restaurants dürfen je 6 Sitzplätze einen Parkplatz zur Verfügung stellen. Der GVZ schlägt ein Verhältnis von mindestens 4:1 vor. Auch die Hotels müssen mindestens 2 Parkplätze für 3 Zimmer anbieten können (anstatt 1 Platz pro 2 Zimmer), sonst bleiben die Gäste aus dem nahen Ausland weg.
7. Bei den Gewerbebauten muss pro 2 Mitarbeiter mindestens 1 Parkplatz zur Verfügung stehen. Der Entwurf sieht für 60 m² Arbeitsfläche lediglich einen einzigen Parkplatz vor!
8. Firmenfahrzeuge und Lieferwagen werden im Entwurf überhaupt nicht erwähnt!
9. Der GVZ stellt sich klar gegen jeden Form einer Parkgebührenpflicht bei Bauten mit «stark verkehrserzeugenden Nutzungen», also zum Beispiel Einkaufszentren.
10. Bauherren, die keine Parkplätze erstellen können, müssen jetzt Ersatzabgaben in einen Fonds speisen. Der Entwurf zum neuen PBG sieht vor, dass diese Abgaben auch für die Aufwertung des öffentlichen Raums und den ÖV verwendet werden können. Der GVZ sagt dazu klar NEIN!

VERANSTALTUNGEN

GVZ-Vorstände im Hasenrain

September 2009. Alljährlicher Plauschtreff der GVZ-Vorstände. 27 Personen genossen einen ungezwungenen Abend, bei welchem auch persönliche Kontakte geknüpft werden konnten. Ein herzliches Dankeschön gebührt den Gewerbevereinen Oerlikon (Apéro) und Altstetten (Dessert), welche die feinen Grilladen und Salate mit ihrem Mitgebrachten unterstützten. Der nächste Plauschtreff findet am Dienstag, 14. September 2010 statt.



FÖRDERVEREIN GVZ

Baustellenbesichtigung Baugenossenschaft Zurlinden

Oktober 2009. Die Mitglieder des Fördervereins besuchen die Baustelle der Baugenossenschaft Zurlinden an der Badenerstrasse. Geschäftsführer Rolf Hefti übernahm die Führung gleich selbst. Unterstützt wurde er durch den Projektleiter von Caretta Weidmann – Baumanagement. So erhielten die Teilnehmer wertvolle Informationen aus erster Hand. Insbesondere interessierte die innovative und nachhaltige Bauweise „Top Wall“. Mit dem Prinzip «Holz statt Beton» kann die graue Energie massiv reduziert werden. Beton dient nur noch als Schall- und Brandschutz, während das Holz als nachwachsender Rohstoff nachhaltig und energieeffizient wirkt. Die Kombination ermöglicht eine hervorragende Wärmedämmung. An dieser Stelle sei der Baugenossenschaft Zurlinden für den spannenden Einblick nochmals herzlich gedankt. Im Anschluss an die Führung folgte ein feines Mittagessen im neuen Stammlokal Hotel CrownPlaza.

PRAKTISCHE INFORMATIONEN

Das Hotel Greulich im Kreis 4 hat schon viele innovative Ideen für den Umwelt- und Ressourcenschutz umgesetzt.

Seit vier Monaten bietet die Geschäftsstelle Öko-Kompass, die neue Umweltberatung für KMU der Stadt Zürich, ihre Dienstleistungen an. Nachgefragt wurde insbesondere die Standortberatung – der einstündige Besuch einer Fachperson im eigenen Betrieb. Die empfohlenen Massnahmen reichen von einer individuellen Energieberatung beim EWZ über die Umstellung auf Recycling-Papier bis zur Anschaffung von Erdgas-Fahrzeugen für eine umweltfreundlichere Mobilität. Die Optimierung der technischen Anlagen wie Lüftungen war ebenso ein Thema wie die Senkung der Raumtemperatur für ein angenehmes Arbeitsklima. Aber auch Fragen von KMU zu Fördergeldern, Energieprogrammen oder Umsetzungshilfen konnte der Öko-Kompass schnell und unbürokratisch beantworten. Bei einem Rundgang durch das Design Hotel eruieren wir gemeinsam mit der Standortberaterin des Öko-Kompass weiteres Optimierungspotential und Entwicklungsmöglichkeiten.

Infoveranstaltung:

Besichtigung und Apéro im Hotel-Greulich am Donnerstag, 11. Februar 2010, von 15 bis 17 Uhr. Detailprogramm und Anmeldetalon finden Sie unter www.proofit.ch.

Öko-Kompass

Umweltberatung für KMU der Stadt Zürich

Telefon 044 412 50 55

www.stadt-zuerich.ch/oeko-kompass



FDP-Initiative Umweltschutz statt Vorschriften

Der GVZ unterstützt die kantonale Volksinitiative der FDP voll und ganz. Ein Gebäude muss zum Beispiel gedämmt werden können, auch wenn durch die Isolationsschicht der Grenzabstand leicht unterschritten wird! Solaranlagen sollen im ganzen Kanton grundsätzlich zulässig sein.

Bestellen Sie Unterschriftenbögen! www.fdp-zh.ch oder www.bürokratieabbau.ch

GRATULATIONEN

Der **Spenglermeister und Installateur Verband der Stadt Zürich und Umgebung** feiert am 30. März sein 125jähriges Jubiläum. Der GVZ gratuliert herzlich!